

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Bevölkerungsschutz, Sicherheit und Ordnung	10.07.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 30.06.2026	Gestellt von: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion
----------------------------------	---

Beteiligung am Landesprojekt „MISSIMO“

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beteiligung der Stadt Mülheim an der Ruhr am Landesprojekt „MISSIMO“ möglich und zweckmäßig ist.

Sachverhalt

Das Projekt „MISSIMO“ wurde vom Landeskriminalamt NRW in Zusammenarbeit mit der Familienkasse NRW-West und der Regionaldirektion West der Bundesagentur für Arbeit entwickelt, um organisiertem Missbrauch staatlicher Leistungen systematisch entgegenzuwirken. Der interdisziplinäre, behördenübergreifende Ansatz zielt darauf ab, wiederkehrende Handlungsmuster zu erkennen und gezielte Maßnahmen für die Task Force NRW zu entwickeln. Das Projekt wird seit 2019 in NRW umgesetzt.

Mülheim an der Ruhr steht vor erheblichen Haushaltsbelastungen. Es ist Aufgabe der Politik, öffentliche Mittel konsequent zu schützen und sicherzustellen, dass Sozialleistungen ausschließlich denjenigen zugutekommen, die einen rechtmäßigen Anspruch darauf haben. Vor einer Beteiligung an MISSIMO ist zu klären, welche personellen und finanziellen Ressourcen erforderlich wären, ob die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden können und welcher konkrete Nutzen für Mülheim zu erwarten ist. Der Prüfauftrag schafft die notwendige Entscheidungsgrundlage.

gez. Christina Küsters gez. Filip Fischer
Fraktionsvorsitzende Fraktionsvorsitzender

gez. Max Oesterwind gez. Falk Bender
Sprecher Sprecher

Anlage/n

Keine